

Gesundheitsgefahr durch radioaktive Leuchtfarbe bei der Bundeswehr

Neue Erkenntnisse über eine mögliche Erkrankung von Soldaten der Bundeswehr durch radioaktive Leuchtfarben könnten für den Bund teuer werden. In einem Gutachten kommt der Leiter der Strahlenmessstelle Süd der Bundeswehr im bayerischen Sonthofen zu dem Schluss, dass die errechneten Belastungen zu "schlimmen/bösen Erkrankungen" führen könnten. Die Bundeswehr verwendete radioaktive Leuchtfarben an Radargeräten wie auch in Panzern, U-Booten und Flugzeugen. Besonders in den Anfangsjahren der Bundeswehr seien zudem Regeln des Strahlenschutzes missachtet worden. Die Auswirkungen seien, so der Bundeswehr-Physiker, "fatal und erschreckend". Eine vom Verteidigungsminister eingesetzte "Radarkommission" hatte im vergangenen Jahr anerkannt, dass Soldaten, die zum Auskratzen oder Abschmirgeln von Leuchtfarbe eingesetzt wurden, an Krebs erkranken könnten. Allerdings hatte das Ministerium behauptet, dass das "Problem radiumhaltiger Leuchtfarbe seit 1980 in der Bundeswehr umfassend geregelt und gelöst" sei. In einer Anweisung ("VS - nur für den Dienstgebrauch") hatte dagegen das Luftwaffenunterstützungskommando in Köln noch im März 2001 betont, dass "weiterhin Handlungsbedarf" bestehe, und vor den Leuchtfarben gewarnt: "Wiederholt" seien Gegenstände aufgetaucht, "bei denen Radiumleuchtfarbe lediglich überstrichen wurde". Diese seien zu behandeln wie "das gefährlichste verwendete Radionuklid". In einer Art Musterprozess um Schmerzensgeld, den der Berliner Anwalt Reiner Geulen derzeit für fünf Tumorkranke oder deren Hinterbliebene führt, erklärten die Richter in einem Hinweisbeschluss bereits, dass die Bundeswehr womöglich "keine hinreichenden Maßnahmen zum Schutz der Soldaten" getroffen habe und diese nach dem Ausscheiden aus dem Dienst trotz "vorliegender Erkenntnisse über konkrete erhebliche Gefahren und Folgewirkungen" nicht informiert worden seien.